Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Freitag, 27. Oktober 1989
44. Jahrgang / Nr. 253
B-Ausgabe
Einzelpreis 15 Pf

Redaktion und Verlag: Franz-Mehring-Platz 1, Berlin, 1017, Telefon: 5 83 10 (Sammelnummer). Abonnementspreis monatlich 3,50 Mark. ISSN 0323–4940

Telefongespräch zwischen Egon Krenz und Helmut Kohl

Weiterführung des aufgenommenen Kontakts vereinbart

Berlin (ADN). DDR-Staatsratsvorsitzender Egon Krenz und Bundeskanzler Helmut Kohl führten am Donnerstagvormittag ein zwanzigminütiges Telefongespräch, das, wie ADN mitgeteilt wurde, in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verlief.

Egon Krenz und Helmut Kohl unterstrichen ihr Interesse an einer Fortentwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und an der Fortsetzung der praktischen Zusammenarbeit. Egon Krenz verwies in diesem Zusammenhang auf seine Reden vor dem Zentralkomitee und vor der Volkskammer der DDR. In ihnen habe er von einer Wende gesprochen, was aber in keiner Weise eine Umkehr bedeute. Die DDR bleibe ein sozialistisches Land. Das diene auch der Stabilität in Europa.

Bundeskanzler Kohl begrüßte den aufgenommenen Kontakt und sprach sich für seine Weiterführung aus. Er sei dafür, bei anstehenden Problemen zum Telefon zu greifen und miteinander zu sprechen. Egon Krenz stimmte dem zu und bemerkte, es sei immer besser, miteinander als übereinander zu reden.

Beide Gesprächspartner waren sich einig, daß die Politik in allem den Interessen der Menschen zu dienen habe. Sie verständigten sich im weiteren über Fragen, die künftig auf der Tagesordnung stehen. Seitens der BRD – so erklärte Egon Krenz – möge überdacht werden, wie einige praktische Fragen so gehandhabt werden können, daß die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR deutlich werde. Helmut Kohl bekräftigte seinen Standpunkt, daß man über jene Dinge sprechen müsse, über die man sich gemeinsam einigen könne. Beide Politiker kamen überein, daß ihre Beauftragten anstehende Fragen erörtern und zur Entscheidung vorbereiten.

Egon Krenz wünschte Bundeskanzler Kohl gute Gesundheit nach seiner überstandenen Operation.

Außenminister des Warschauer Vertrages tagen in Polens Hauptstadt

Warschau (ND-Korr.). Das Komitee der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages trat am Donnerstag in Warschau zu einer turnusmäßigen Tagung zusammen. Für die DDR nehmen Außenminister Oskar Fischer, der 1. Stellvertreter des Außenhandelsministers, Kurt Fenske, sowie der Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Außenministers, Herbert Krolikowski, an den zweitägigen Beratungen teil.

Mit der Tagung werde das Ziel verfolgt, die politische Seite des Bündnisses auszubauen, erklärte Oskar Fischer gegenüber dem ND-Korrespondenten.

Die an der Tagung des Komitees teilnehmenden Außen- und Außenhandelsminister wurden am selben Tage vom polnischen Staatspräsidenten Wojciech Jaruzelski empfangen. Der rumänische

(Fortsetzung auf Seite 2)
Siehe auch Seite 7

Interview der AK und des DDR-Rundfunks mit Willi Stoph:

Wie geht der Ministerrat an seine neuen Aufgaben heran?

Zusätzlich Import von Konsumgütern und Lebensmitteln / Spürbar sollen Produktion und Angebot von Ersatzteilen verbessert werden

Berlin (ADN). Die Regierung der DDR hat sich in der vergangenen Woche mit der plan- und vertragsgerechten Bereitstellung von Waren und Leistungen in hoher Qualität, mit dem Angebot im Einzelhandel und mit Dienstleistungen für die Bevölkerung beschäftigt. Das erklärte der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, am Donnerstag in einem Interview für die Aktuelle Kamera und den Rundfunk der DDR. Es wurden Beschlüsse zum zusätzlichen Import von technischen Konsumgütern und Lebensmitteln gefaßt. Große Anstrengungen würden unternommen, Produktion und Angebot von Ersatzteilen, technischen Konsumgütern und Textilien, insbesondere Untertrikotagen, spürbar zu verbessern.

Das Interview hat folgenden Wortlaut:

Fernsehen: Der neue Staatsratsvorsitzende hat in seiner Antrittsrede vor der Volkskammer von einer notwendigen neuen Arbeitsweise der Regierung gesprochen. Wörtlich war davon die Rede, daß der Ministerrat ein Organ der Volkskammer sein muß. Wie steht der Ministerratsvorsitzende dazu?

Willi Stoph: Der Ministerrat ist, wie in der Verfassung verankert, ein Organ der Volkskammer. Worum es geht, ist, daß der Ministerrat als Organ der Volkskammer seine Arbeit entsprechend der neuen Lage, der Veränderung der Lage gestaltet. Der Ministerrat hat unmittelbar nach der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED eine erste Auswertung der dort gegebenen Orientierung für seine künftige Arbeit vorgenommen. Ich kann hier in voller Verantwortung erklären, daß sich der Ministerrat mit den Beschlüssen dieser Tagung und der Rede des Vorsitzenden des Staatsrates in der Volkskammer in voller Übereinstimmung befindet. Es geht jetzt darum, wie der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Egon Krenz, erklärte, daß der Ministerrat der DDR die in der Verfassung festgelegten Aufgaben als Regierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht voll wahrnimmt und wahrnehmen kann.

In der weiteren Verwirklichung des Verfassungsauftrages wird die Regierung ihren Beitrag zur notwendig gewordenen Wende in der Entwicklung unserer Gesellschaft und des sozialistischen Staates leisten. Das heißt, die einheitliche Durchführung der Staatspolitik zu leiten und die Erfüllung der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie der ihr übertragenen Verteidigungsaufgaben zu organisieren, so, wie es in der Verfassung steht.

Viel Positives für die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger wurde in der Vergangenheit erreicht, was heute Bestand hat und auch morgen Bestand haben wird. Es haben sich jedoch – besonders in den letzten Jahren – viele Probleme angestaut, die in diesen Tagen und Wochen offen und zum Teil mit großer Leidenschaft diskutiert werden. Zu vielen dieser Fragen hat es auch im Ministerrat eine offene und kritische Aussprache gegeben, die zu ersten Schlußfolgerungen geführt hat. Das betrifft die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen, die Bereitstellung von Ersatzteilen, Fragen des Umweltschutzes und vieles andere.

Prinzipiell geht es darum, daß die Regierung künftig noch besser und wirkungsvoller ihre auf das Wohl des Volkes gerichteten Aufgaben erfüllt.

Ich möchte hier erklären, daß ich es auch für notwendig und zweckmäßig halte, künftig in stärkerem Maße Rechenschaft vor der Volkskammer, dem höchsten Organ unseres sozialistischen Staates, abzulegen. Das gilt sowohl für den Ministerrat insgesamt als auch für jedes seiner Mitglieder. Bei der Auswertung der 9. Tagung des ZK sind wir von der Gesamtverantwortung des Ministerrates als Kollektivorgan ausgegangen und auch von der Verantwortung jedes Ministers für seinen Bereich. Entsprechend der Einheit von Erneuerung und Kontinuität werden wir das, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, konstruktiv weiterführen und prüfen, wo Veränderungen in der Arbeit des Ministerrates oder seiner Mitglieder notwendig sind. So verstehen wir Reformen und andere Maßnahmen, die auf die Festigung des Sozialismus in unserem Lande gerichtet sind.

Die vorzunehmende Analyse wird, dessen bin ich gewiß, zu realen Vorschlägen für die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens führen.

Sie haben das Ziel, auf der Grundlage wachsender Produktivität und Effektivität, besonders in der Volkswirtschaft, das materielle und kulturelle Lebensniveau der Bürger spürbar zu verbessern. Das wird der Hauptbestandteil des Arbeitsprogramms der Regierung sein. In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen mitteilen, daß der Ministerrat in seiner nächsten Sitzung den Entwurf eines Reisegesetzes beraten und anschließend zur

(Fortsetzung auf Seite 3)

Position der Gewerkschafter im Dialog:

Interessen der Werktätigen müssen überall besser vertreten werden

Freimütige Gespräche mit Arbeitskollektiven in Betrieben und Handelseinrichtungen

Berlin (ND/ADN). Am kritischen und konstruktiven Dialog beteiligen sich sehr engagiert die Gewerkschafter in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Vorsitzende von Industriegewerkschaften und Gewerkschaften erörterten am Donnerstag in Gesprächen mit Kollektiven den spezifischen Beitrag der Gewerkschaften für die weitere Gestaltung des Sozialismus in der DDR. Dabei bekräftigten die Gewerkschafter ihre Position, daß die Interessen der Werktätigen auf allen Ebenen besser als bisher vertreten werden müssen.

Plauen. Im VEB Druckmaschinenwerk Plamag traf sich Gerhard Nennstiel, Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Metall, mit Arbeitern. Der Kernmacher und AGL-Vorsitzende Günter Seifert aus der Gießerei äußerte im Gespräch: „Was uns als Gewerkschaftsmitglieder am meisten bewegt, ist die Tatsache, daß in der Vergangenheit von uns viele Sorgen vorgebracht worden sind, auf die nicht genügend reagiert worden ist." Das müsse sich grundlegend ändern. Jawohl, bei der Wahrnehmung unserer gewerkschaftlichen Verantwortung haben auch wir Fehler zugelassen. Wir haben nicht genügend dafür gesorgt, daß Probleme, die in unserer Verantwortung liegen, gelöst worden sind, so Gerhard Nennstiel.

Die Gewerkschaft habe beispielsweise zugestimmt, daß die Plandiskussion für 1990 in den Monaten Juli/August geführt wurde, obwohl zu dieser Zeit viele Werktätige im Urlaub waren. Das sei falsch gewesen. Daraus müßten Lehren gezogen werden.

Am gleichen Tag besuchte Gerhard Nennstiel auch das Plauener Glühlampenwerk.

Berlin. Betriebliche Probleme und große Politik standen im Berliner Warenhaus am Marzahner Tor bei einer Aussprache mit Hannelore Schulz, Vorsitzende des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß, zur Debatte.

Wartungsmechaniker Frank Spantig, vor einem dreiviertel Jahr aus dem FDGB ausgetreten, begründete diesen Schritt damit, daß er „von einer Vertretung der Interessen der Werktätigen nichts mehr gespürt" habe. Zu seiner Anwesenheit in dieser gewerkschaftlichen Runde sagte er: Im Gespräch wolle er erfahren, ob die Gewerkschaft für ihn wieder eine Perspektive biete.

„Die Probleme, die wir gegenwärtig in allen Bereichen diskutieren, müssen gelöst werden. Dieser Aufgabe hat sich die Partei gestellt. Zusätzlich bereitgestellte LKW sollen das Transportproblem entspannen", teilte Hannelore Schulz mit. Es werde angestrebt, Waren aus der Industrie, die für den Export vorgesehen waren, aber noch nicht vertraglich gebunden sind, kurzfristig der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Vorschläge gebe es schon zum Abbau von Beständen in den Handelseinrichtungen durch Schlußverkäufe.

Eisleben. Über das neue Profil des Stammbetriebes des Mansfeld Kombinats „Wilhelm Pieck" in den neunziger Jahren informierte am Donnerstag Generaldirektor Dr.-Ing. Bernd Reichmann auf einer Gewerkschaftsversammlung in der August-Bebel-Hütte Helbra. Die teure und ständig uneffektivere Kupferproduktion unter Tage wird sich auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen drastisch verringern. Die Verantwortlichen des Kombinats haben deshalb ein Konzept für die Umgestaltung vorgelegt, das auf der jüngsten Tagung des Politbüros des ZK der SED bestätigt wurde.

Der Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen wird in den kommenden zwei Jahren auslaufen. Wegen erhöhter Wasserzufuhr sei dort eine Förderung von Kupferschiefer künftig nicht mehr vertretbar. Anfang kommenden Jahres soll daher eine moderne Fertigungslinie für Konservenblech mit 50 Arbeitskräften in Betrieb gehen.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Kreisvorstandes der IG Bergbau-Energie des Mansfeld Kombinats, Otto Hahn, gefordert, die Lohnzuführung für Kombinate und Betriebe künftig an das tatsächliche Leistungswachstum der Wirtschaftseinheiten zu binden. Er informierte über Sofortmaßnahmen für die Verbesserung im Ferienwesen u. a. darüber, daß ein Gästehaus des Kombinats im Harz, über dessen Verwendung bisher der Generaldirektor entschied, künftig den Werktätigen des Konsumgüterbetriebes zur Verfügung steht.

Werner Jarowinsky vor Verkäuferinnen:

Bedarf — Maßstab des Wirtschaftens

Im CENTRUM-Warenhaus Berlin am Hauptbahnhof fragten Verkäuferinnen, wie künftig in allen Sortimenten dem Bedarf entsprechend versorgt werden könne. Dazu sagte Werner Jarowinsky:

„Ich komme nicht von einem anderen Stern, kenne also die gegenwärtige Situation. Um sie grundlegend und stabil zu verändern, brauchen wir eine umfassende Wirtschaftsreform. Sie muß Produktion wie Handel deutlich ausrichten auf den Bedarf, auf die Interessen der Kunden, der Käufer. Das gilt sowohl für unseren Binnenmarkt als auch für den Weltmarkt. Also: Der Bedarf muß zum Maßstab der Planung, der gesamten Wirtschaftstätigkeit werden.

In diesem Zusammenhang sind weiter zu durchdenken die Fragen der Eigenverantwortung und der Eigenerwirtschaftung der Mittel in den Kombinaten und Betrieben. Es geht um eine größere Selbstbestimmung der Wirtschaftseinheiten, die flexibles Reagieren auf Bedürfnisse und Bedarf gestattet. Das schließt ein, die Kapazitäten in den Konsumgüter herstellenden Bereichen so zu entwickeln, daß man dem Bedarf auch in Menge und Qualität entsprechen kann. Das werden wir Schritt für Schritt verwirklichen."

Siehe auch Seite 3

Standpunkt

Grundlagen

Manch einer spricht im öffentlichen Dialog so, als wäre alles nichts wert, was bisher gemacht wurde. Das geht gegen meine Arbeiterehre!

Seit 20 Jahren bin ich Meister. Natürlich ärgert mich, daß die Materialdecke bei uns oft zu dünn ist. Das wirkt sich auf die Kontinuität aus und auch auf die Ausnutzung der Arbeitszeit. Das muß in Ordnung gebracht werden, das Material muß wieder schieben.

Es gibt auch manche Erwartungen im Kollektiv. Zum Beispiel, daß Konsumgüter von Qualität, die auf der Leipziger Messe gezeigt werden, nicht erst nach vielen Jahren oder nie in die Geschäfte kommen. Aber wir verstehen genau, alles läßt sich nicht auf einmal in Ordnung bringen. Und das Leben stellte neue Fragen und Probleme. Dafür ist Offenheit gut. Indem wir jeden Tag unsere Planaufgaben erfüllen und auch noch etwas mehr tun, sind wir es doch, die Grundlagen für gute Politik schaffen.

Wir wollen nicht, daß man eines Tages volle Schaufenster hat, sich aber kaum etwas kaufen kann. Wir wollen auch nicht, daß es bei uns Arme gibt, die immer ärmer werden und Reiche, die immer reicher werden. Sozialismus hat viel mit sozialer Sicherheit zu tun. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Sozialismus. Mehr Sozialismus kommt vor allem durch Arbeit.

Werner Dallmann,
RAW „Erwin Kramer"
Potsdam

Rund hunderttausend Bürger auf Kundgebung in Dresden

Foren zu drängenden Fragen der Zeit im gesamten Bezirk

Dresden (ND/ADN). Hunderttausende Einwohner des Bezirks Dresden nahmen am Donnerstagabend auf Plätzen, in Schulen, Kulturhäusern, Kinos und Klubs Stellung zu drängenden Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR und in ihren Kommunen. Mit ihnen sprachen Funktionäre der in der Nationalen Front der DDR vereinten Parteien und Massenorganisationen, Volksvertreter und Prominente aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Rund 100 000 Bürger der Bezirksstadt waren auf ein Freigelände nahe dem Hygienemuseum gekommen. Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer informierte über die Ergebnisse eines außerordentlichen Plenums der Stadtverordnetenversammlung am selben Tage. Es hatte die Bildung von zeitweiligen Arbeitsgruppen und damit einen neuen Weg des gemeinsamen Tragens von Verantwortung beschlossen.

Zu den auf dem Meeting Versammelten sprach auch Hans Modrow, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Angehörige unterschiedlicher sozialer Schichten nahmen die Möglichkeit zur Anfrage wahr. Dafür standen mehrere kleine Podien mit Mikrofonen zur Verfügung.

Mit zunehmender Dauer der Veranstaltung – als Gesprächsleiter wirkte der Chefdirigent der Dresdner Philharmonie, Jörg-Peter Weigle – gewann der Dialog an Gewicht, brachten Teilnehmer neben Kritischem Lösungsvorschläge ein.

Im Anschluß an die Veranstaltung formierte sich ein Zug von etwa fünf- bis sechstausend Menschen, die mit Spruchbändern, Kerzen und Fackeln von der Dialogstätte friedlich durch das Stadtzentrum zogen.

Weiterer Bericht Seite 5

Gorbatschow in Helsinki:

Garantien für kernwaffenfreie Ostsee vereinbaren

Votum für KSZE-Gipfeltreffen 1992 in Finnlands Hauptstadt

Helsinki (ADN). Michail Gorbatschow hat am Donnerstag in Helsinki die Bereitschaft der UdSSR erklärt, gemeinsam mit allen Nuklearmächten und den Anliegerstaaten effektive Garantien für eine kernwaffenfreie Ostsee zu vereinbaren. In einer Rede in der Finlandia-Halle teilte der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR mit, daß die Sowjetunion einseitig zwei bislang in der Ostsee stationierte kernwaffenbestückte Unterseeboote außer Dienst gestellt hat. Die verbliebenen vier U-Boote dieser Klasse sollen bis Ende 1990 verschrottet werden. Vernichtet würden auch die dazugehörigen Raketen. Sie würden nicht durch neue ersetzt.

Gorbatschow schlug vor, das für 1992 anberaumte KSZE-Treffen auf höchster Ebene in Helsinki abzuhalten. Er teilte mit, daß Finnlands Präsident Mauno Koivisto dazu sein Einverständnis erklärt hat.

Siehe auch Seite 7

XVIII. Festival des sowjetischen Films

Jewgeni Schwarz' „Der Drache" jetzt auf der Leinwand

Berlin (ADN/ND). Mit Eldar Rjasanows Streifen „Liebe Jelena Sergejewna" nach Ljudmila Rasumowskajas gleichnamigem Bühnenstück wurde am Donnerstag im Berliner Filmtheater „Kosmos" das XVIII. Festival des sowjetischen Films in der DDR festlich eröffnet. Bis zum 2. November bietet das Festival vier weitere sowjetische Filme jüngerer Produktion, so Wladimir Popkows „Der Sünder", „Witwen" von Sergej Mikaeljan sowie „Man hat nicht immer Glück" von Ara Gabrieljan. Nach Motiven des Märchens „Der Drache" von Jewgeni Schwarz schuf Mark Sacharow seinen Film „Den Drachen töten" – eine aktuelle Parabel über den Kampf des Menschen gegen innere und äußere Zwänge und Bedrohungen.

Zu den Gästen der Eröffnungsveranstaltung gehörten die Mitglieder des Politbüros Hermann Axen, Sekretär des ZK der SED, und Erich Mückenberger, Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sowie eine Delegation sowjetischer Filmschaffender.

Alle Filme des XVIII. Festivals kommen in den nächsten Wochen in die Kinos. Ab sofort sind auch die Festivalbeiträge des Vorjahres „Der kalte Sommer des Jahres 53 ...", „Spiele für Schulkinder" sowie „Und morgen war Krieg" wieder auf dem Spielplan.

Diskussionsangebot an die Jugend der DDR unterbreitet

12. Tagung des FDJ-Zentralrates berät in Berlin

Berlin (ADN/ND). Ein Diskussionsangebot an die Jugend der DDR, wie die Erneuerung des Sozialismus in der DDR voranzubringen ist, machte am Donnerstagnachmittag in Berlin der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrates, Eberhard Aurich, in einer im Kollektiv erarbeiteten Rede zu Beginn der 12. Zentralratstagung. Die FDJ und ihre Pionierorganisation „Ernst Thälmann" müßten erneuert und die ihnen gemäßen Inhalte, Methoden, Formen der Tätigkeit des Jugendverbandes müssen neu bestimmt werden. Die Zeit dränge, aber sie verlange Wahrheit, Offenheit, Gründlichkeit des Gedankens und Solidität des Vorschlags. Mehr denn je müsse und wolle die FDJ sich mit allen Jugendlichen beraten, ihre Ideen und Vorschläge anhören. Die Aufforderung durch das ZK der SED, bei allem, was das Leben der Jugend betrifft, mitzuentscheiden und mitzubestimmen, entspreche dem Wunsch des Jugendverbandes. In diesem Sinne wurde unter anderem angeregt, ein neues FDJ-Statut sowie das 4. Jugendgesetz der DDR auszuarbeiten.

Eberhard Aurich informierte die Mitglieder und Kandidaten des Zentralrates über einen am selben Tag eingegangenen Brief von Egon Krenz, in dem sich der Generalsekretär des ZK der SED für eine ihm am 9. Oktober vom Zentralrat übersandte Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend bedankt. Zur weiteren Erörterung von Gedanken und Vorschlägen des Jugendverbandes hat Egon Krenz das Büro des FDJ-Zentralrates zu einer Aussprache eingeladen.

Der Rede Eberhard Aurichs schloß sich eine konstruktive und kritische Diskussion an, die am heutigen Freitag fortgesetzt wird.

Ausführlich auf Seite 5

Sprecher des Innenministeriums:

Neonazis haben in der DDR keine Chance

Berlin (ADN). Vom Chef der neonazistischen „Republikaner", Schönhuber, verkündete Ambitionen, seine Partei auch in der DDR zu formieren, hat ein Sprecher des Innenministeriums der DDR am Donnerstag als provokatorische Anmaßung gekennzeichnet. Gegenüber ADN stellte der Sprecher fest, daß dem Entstehen neonazistischer Gruppierungen in der DDR durch Verfassung wie durch Volkswillen für immer ein Riegel vorgeschoben ist. In der auf antifaschistischer Grundlage entstandenen und gewachsenen sozialistischen DDR hätten Leute vom Schlage des SS-Mannes Schönhuber keine Chance.

Schönhuber hatte am selben Tag in der BRD-Zeitung „Die Welt" behauptet, seine Partei wolle sich in der DDR organisieren. Das sei für eine „Partei zur Wiederherstellung Deutschlands selbstverständlich". Wie ADN dazu weiter erfuhr, werde mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen, wenn Neonazis versuchen sollten, irgendwo in der DDR wirksam zu werden oder ihr Hetzmaterial zu verbreiten. Zur Ankündigung von Schönhuber, er wolle in die DDR reisen, hieß es, die Kontrollen an den Staatsgrenzen bildeten auch in Zukunft die Gewähr dafür, die Bürger des Landes vor Aktivitäten neonazistischer Organisationen der BRD sicher zu schützen.

Walter Momper:

Berlin (West) muß Politik zur DDR neu bestimmen

Berlin (West) (ADN). Berlin (West) müsse die Politik gegenüber der DDR und den sozialistischen Ländern neu bestimmen, sagte der Regierende Bürgermeister der Stadt, Walter Momper, am Donnerstag in einer Regierungserklärung vor dem Abgeordnetenhaus. Die Stadt müsse Abschied nehmen von Verhaltensweisen aus der Zeit des kalten Krieges. „Der Antikommunismus muß aus unseren Köpfen heraus. Der verhindert es nämlich, daß ein europäisches Denken sich entwickelt, das über die Elbe hinausreicht." Die deutsche

(Fortsetzung auf Seite 2)

150 000 junge Briten haben kein Obdach

London (ADN). 150 000 junge Briten sind nach Angaben der nationalen Hilfsorganisation für Obdachlose „Shelter" derzeit ohne feste Unterkunft. Viele von ihnen strömen nach London, wo sich die Zahl jener Jugendlichen, die auf den Straßen der Innenstadt übernachten müssen, in den vergangenen zwei Jahren um 50 Prozent erhöht hat.

Die „Centrepoint Soho", eine zur Untersuchung der sozialen Lage junger Menschen in der britischen Hauptstadt gebildete Arbeitsgruppe, ermittelte, daß zwei Drittel aller derzeit in London vagabundierenden Jungen und Mädchen aus Industriegebieten des Landes mit einer hohen Arbeitslosenquote kommen.

USA-Gefängnismeuterei forderte 42 Verletzte

Washington (ADN). Bei einer Gefangenenmeuterei sind am Mittwoch in der Strafvollzugsanstalt von Camp Hill (USA-Bundesstaat Pennsylvania) 42 Personen verletzt worden – 35 Mitglieder des Personals, fünf Gefangene sowie ein Feuerwehrmann und ein Polizist. Nach Angaben eines Gefängnissprechers hatten die Meuterer, die nach acht Stunden aufgaben, über selbstgebaute Waffen verfügt und vier Brände gelegt.

Das Gefängnis von Camp Hill ist derzeit mit 2600 Insassen zu 45 Prozent überbelegt. Am Montag war bereits im benachbarten Huntington eine Meuterei ausgebrochen, bei der 29 Wärter und 19 Gefangene Verletzungen erlitten hatten.

32 Hütten einer „Favela" bei Erdrutsch begraben

São Paulo (ND). Bei einem Erdrutsch im Süden der brasilianischen Hafenstadt São Paulo wurden 32 Hütten der Elendssiedlung „Nova Republica" unter Zehntausenden Tonnen Erde begraben.

Bei dem Unglück kamen mindestens 60 Slumbewohner, darunter acht Kinder, ums Leben. Rettungsmannschaften und Bewohner suchen rund um die Uhr in den Trümmern der „Favela" nach Vermißten.

Bauunternehmer hatten am Rande des Armenviertels illegal Erde und Müll abkippen lassen. Teile dieser 80 Meter hohen und 150 Meter langen Aufschüttung hatten sich gelöst und die Hütten verschüttet.

Kurz berichtet

Boeing 737 verunglückt

Taibei. Eine taiwanesische Boeing 737 stürzte am Donnerstag kurz nach dem Start in Hualian ab. Alle 56 Insassen kamen ums Leben.

Hungersnot droht

Addis Abeba. Rund 1,85 Millionen Äthiopier sind wegen des Ausbleibens von Niederschlägen von einer Hungersnot bedroht. Das wurde am Donnerstag in Addis Abeba mitgeteilt.

Streik in Diamantenminen

Johannesburg. Ein fünftägiger landesweiter Streik von 8000 Bergarbeitern in Südafrikas Diamantenminen ging am Donnerstag mit einer Vereinbarung über Lohnerhöhungen zu Ende.

Indien: Tote bei Unruhen

Delhi. Schwere Unruhen im nordindischen Unionsstaat Bihar forderten 42 Menschenleben. Bereits mehrfach war es zu Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems gekommen.

Betrug mit Briefmarken

London. Britische Betrüger haben Millionen von gebrauchten Briefmarken mit chemischen Mitteln reingewaschen und wiederverwendet. Die Post wurde um zehn Millionen Pfund geschädigt. Die Polizei nahm 17 Personen fest.

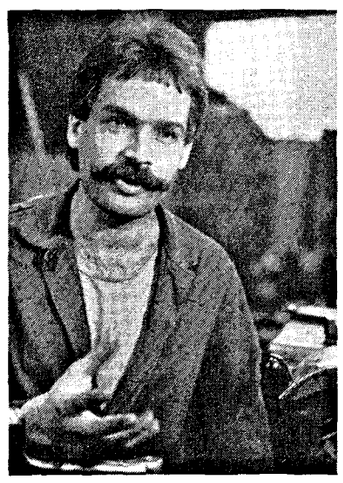
Ein Wort von Kumpel zu Kumpel: Ordentliche Arbeit zählt heute mehr denn je

Von Andreas Ebersbach, Dreher in den BMHW Berlin

In unserem Lande ist in den letzten Tagen allerhand in Gang gekommen. Zwar haben wir schon immer gesagt, was uns nicht paßte. Doch manche Dinge rührten sich einfach nicht vom Fleck, einiges wurde unter den Teppich gekehrt. Ich bin auch dafür, allerhand umzukrempeln. Aber mit Diskussionen allein kommen wir nicht weit. Deshalb mal ein Wort von Kumpel zu Kumpel. Wir müssen auch zupacken und das beiseite räumen, was uns im Wege steht. Mit anderen Worten: Ordentliche Arbeit zählt heute mehr denn je. Wende verstehe ich als Aufbruch, nicht sich im Kreise drehen.

Wenn unser Betriebsdirektor wieder einmal bei uns in die Halle rein schaut, wüßte ich schon einige Dinge, über die ich mit ihm reden möchte. Oder ich würde ihm einfach mal unsere Meßmittel zeigen. Einigen traut man nicht mehr viel zu. Bei uns Drehern geht es oft um Hundertstel. Welchen Werkzeugbauer kratzt es nicht, wenn er ein Teil zurückbekommt mit der Bemerkung, da hast du dich wohl etwas vermessen.

Klar wissen wir, daß es nicht allein an unseren Materialbeschaffern im Betrieb liegt, wenn dies oder jenes fehlt. Bloß, mit gutem Willen allein ist Qualität nicht zu schaffen. An unserer Bereitschaft, mehr und besser zu arbeiten, mangelt es wahrlich nicht. Wir wissen, uns — und damit meine ich das ganze Land — hat noch nie einer etwas geschenkt. Für ordentliche Arbeit braucht es aber auch ordentliche Arbeitsbedingungen. Nicht, daß wir bei der kleinsten Schwierigkeit in den Sack hauen — wir bügeln viel aus. Doch manches davon kommt uns im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen.



Wie die Geschichte mit unserem „ungeschickten" Roboter. Er sollte zwei NC-Maschinen bestücken. Aber er stand die meiste Zeit. Zum Schluß schön eingepackt in der Ecke neben dem Hallentor. Jedesmal, wenn ich daran vorbei mußte, hatte ich eine sagenhafte Wut im Bauch. Ein Stück von unser aller Vermögen zum Fenster rausgeworfen. Mit Schneidbrennern wurde der Roboter schließlich zerlegt und auf den Schrottplatz gefahren.

Wenn ich Pfusch abliefere, dann muß ich für Nasse nacharbeiten. Das ist in Ordnung. Schließlich bekomme ich mein Geld für anständige Arbeit. Meine Arbeit — meine Verantwortung. Doch wer trug die Verantwortung für den Roboter? Nicht, daß wir nur die fehlenden Latten am Zaun des Nachbarn sehen. Auch bei uns selbst läuft nicht alles völlig rund. Mehr oder weniger kümmert sich jeder selbst um die richtigen Stähle und Bohrer. Für diese Lauferei geht eine Menge Zeit drauf. Für die Arbeitsvorbereitung hat aber der Meister den Hut auf und auch den besseren Überblick dafür. Darüber müssen wir in unserer Truppe reden. Weil auch das zur gegenwärtigen Debatte in unserem Land gehört.

Foto: ND/Lange

WERKZEUGMASCHINENFABRIK AUERBACH: Von einem zentralen Rechnerraum aus (Bild oben) werden in dem „Heckert"-Betrieb sowohl das flexible Maschinensystem FMS 400 (Bild rechts) gesteuert als auch Umschlags- und Lagerprozesse. Das FMS ermöglicht bei der Bearbeitung prismatischer Teile einen Produktivitätszuwachs um 350 Prozent. Zugleich wurden 15 Werktätige für andere Aufgaben im Betrieb frei

Fotos: ZB/Thieme

In Zwickau und Jena friedliche Demonstrationen

Zwickau (ND). Tausende Zwikkauer Bürger trafen sich am Mittwochabend auf dem Hauptmarkt. Sie forderten eine kritische Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung und spürbare Veränderungen. 13 Redner ergriffen auf der vom Kreisausschuß der Nationalen Front einberufenen Kundgebung das Wort. Nach der Eröffnung durch den Kreissekretär der Nationalen Front, Karl-Heinz Röber, sprachen der Arbeiter Horst Kienitz aus dem VEB Sachsenring, der Direktor der Technischen Hochschule Zwickau, Prof. Dr. sc. techn. Horst Aurich, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Helmut Repman, der LDPD-Kreisvorsitzende Gerhard Richter, die Schauspielerinnen Ute Zschiedrich und Ellen Schaller, der Oberbürgermeister Heiner Fischer, der Direktor für Ökonomie im Fleischverarbeitungsbetrieb, Heinz Meyer, der Krankenpfleger Roland Frenzel, die Kreisvorsitzende der DBD, Ingrid Dörfel, der Pädagogikstudent Sven Hecker und der Elektriker in einem Handwerksbetrieb Bernd Arzt. Im Anschluß daran standen in einer Vielzahl von Gesprächsgruppen Ratsmitglieder und andere Funktionäre der Stadt den Bürgern Rede und Antwort. Ein Teil der Kundgebungsteilnehmer zog in einer friedlichen Demonstration durch die Innenstadt.

Jena (ADN). Im Anschluß an einen Fürbitt-Gottesdienst in der Jenaer Michaeliskirche formierte sich am Mittwochabend ein friedlicher Demonstrationszug mit 5000 Teilnehmern durch die Innenstadt zum Rathaus. Die Demonstranten übergaben an Oberbürgermeister Hans Spahn eine Petition sowie einen zuvor in der Stadtkirche verlesenen offenen Brief. Der Oberbürgermeister schlug im Gespräch mit ihnen vor, die Probleme nicht auf der Straße zu lösen, sondern im Dialog mit den Verantwortlichen des Rates der Stadt zu klären. Er bekräftigte, daß dazu das Rathaus für jeden Bürger offensteht.

Wie geht der Ministerrat an seine neuen Aufgaben heran?

(Fortsetzung von Seite 1)

öffentlichen Diskussion stellen wird.

Ich möchte hier betonen: Bei allem, was wir jetzt anpacken, kann es nur um reale Aufgabenstellungen gehen, die den Möglichkeiten unserer Wirtschaft entsprechen und von den Bürgern mitgetragen werden. Das setzt voraus, die Bürger entschieden stärker in die Vorbereitung staatlicher Entscheidungen einzubeziehen, ihre Ideen, Kritiken und Hinweise besser nutzbar zu machen.

Eine grundlegende Schlußfolgerung für unsere Arbeit sehe ich darin, daß der Ministerrat als Ganzes und jedes seiner Mitglieder die Verantwortung für die Gesellschaft uneingeschränkt wahrnehmen. Das Gleiche gilt für die Arbeit aller örtlichen Räte, so wie es im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen verankert ist.

Ein wichtiges Element dabei ist die Fortsetzung der bewährten, kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller im Ministerrat vertretenen Parteien und unserer Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen.

Die Funktionäre des Staats- und Wirtschaftsapparates auf allen Ebenen haben ihre Entscheidungen stets allseitig zu durchdenken und — wo erforderlich — fundierte Aufwand-Nutzen-Rechnungen zugrunde zu legen. Notwendig ist Eigenverantwortung, initiativreiches Handeln, ein kühnes und mutiges Hinwenden zum Neuen, zum Besseren für unsere sozialistische Gesellschaft und ihre Bürger. Und dabei werden wir auch engstens mit den Massenmedien zusammenarbeiten.

Rundfunk: In diesen Tagen ist häufig die Rede von Sofortmaßnahmenmen. Sofortmaßnahmen offensichtlich, um die gravierendsten Probleme zu lösen. Was unternimmt denn der Ministerrat, damit zum Beispiel für jedermann sichtbar Fortschritte bei der Versorgung erreicht werden?

Willi Stoph: Die Regierung hat sich in der vergangenen Woche mit der plan- und vertragsgerechten Bereitstellung von Waren und Leistungen in hoher Qualität, mit dem Angebot im Einzelhandel, mit Dienstleistungen für die Bevölkerung beschäftigt.

Es wurden Beschlüsse zum zusätzlichen Import von technischen Konsumgütern und Lebensmitteln gefaßt. Große Anstrengungen unternehmen wir für eine erhöhte Produktion und bessere Versorgung mit Ersatzteilen, technischen Konsumgütern sowie mit Textilien, insbesondere Untertrikotagen. Genannt seien hier auch Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungstransporte. Des weiteren werden Ausrüstungen und Ersatzteile für die Fleischverarbeitung und die Milchwirtschaft noch im IV. Quartal dieses Jahres bereitgestellt.

Diesen und anderen eingeleiteten Maßnahmen werden weitere folgen. Dennoch müssen wir uns darüber im klaren sein, daß nicht alle anstehenden Probleme zu gleicher Zeit gelöst werden können. Für eine Reihe dieser Aufgaben werden Lösungswege mit dem Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1990 vorgeschlagen. Zur Verwirklichung der Beschlüsse der 9. Tagung des ZK der SED werden in Vorbereitung des XII. Parteitages, in der Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1991 bis 1995 Lösungsmöglichkeiten gefunden werden müssen.

Noch ein Wort zu unseren Bewertungsmaßstäben für Fortschritte auf dem Gebiet der Versorgung: Wir werden den Beitrag, den jeder Betrieb für die Bevölkerungsversorgung zu leisten hat, nicht mehr an abstrakten Wachstumsraten, irgendwelchen Kennziffern oder statistischen Durchschnittswerten messen.

Lassen Sie mich nochmals bekräftigen: Ausgangspunkt jedes Fortschritts in unserer Volkswirtschaft ist die Sicherung einer planmäßigen proportionalen Entwicklung, die den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus entspricht. Hier wurden in der Vergangenheit Abweichungen und Fehlentwicklungen zugelassen, die letztlich zu den bekannten Schwierigkeiten führten. Ich erwähne hier nur die Ersatzteilversorgung, Zulieferprobleme, Versorgungsfragen der Bevölkerung bei ausgewählten Erzeugnissen und manches andere, was heute lebhaft diskutiert wird. Nur bei klarer Bestandsaufnahme und ungeschminkter Analyse können wir unsere auf die Stabilisierung und weitere Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung orientierte Produktion so gestalten, daß der gegenwärtige Bedarf der Bürger besser gedeckt und die wachsenden Bedürfnisse künftig immer besser befriedigt werden. Das wird nur schrittweise möglich sein. Wir tun, was wir können. Wir können nur das verbrauchen, was vorher produziert worden ist. Dafür haben die staatlichen Leiter — beginnend beim Ministerrat — die erforderlichen materiellen Bedingungen zu gewährleisten.

***Fernsehen:** Das Vertrauen in die Regierung hat ja ohne Zweifel auch gelitten. Wie kann man trotzdem oder wie muß man gerade deshalb jetzt die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung gestalten?*

Willi Stoph: Die Regierung und der gesamte Staatsapparat haben uneingeschränkt dem Volke zu dienen. Wir sind uns im Kollektiv des Ministerrates darüber im klaren, daß überall harte Arbeit und wohldurchdachte Entscheidungen im Interesse der Menschen erforderlich sind, um das Vertrauen der Bürger zur Regierung zu festigen oder wieder herzustellen.

Überall und von jedem müssen Vorschläge, Hinweise und Kritiken sowie Eingaben ernstgenommen und in der täglichen Arbeit genutzt werden. Im verstärkten Umfange werden Mitglieder der Regierung mit Kollektiven in Betrieben, Einrichtungen und Territorien beraten. Die Regierung ist für einen offenen und ehrlichen Dialog mit allen Bürgern. Sie ist bereit, deren Gedanken und Fragen aufzugreifen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die den Interessen des Volkes entsprechen und auf die weitere sozialistische Entwicklung gerichtet sind.

Rundfunk: Eine wichtige Forderung, ein wichtiges Problem in der Kommunalpolitik ist ja wohl auch die Erhöhung der Eigenverantwortung. Ich weiß, Sie haben gestern bis in die späten Abendstunden hinein mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke zusammengesessen. Was wird sich denn da ändern?

Willi Stoph: Die Beratung diente der Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED, und es fand ein umfassender Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit den Repräsentanten der örtlichen Organe über die gegenwärtige Lage im Lande und über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1989 statt. Inhalt der Aussprache war der Ausbau der Grundlagen für eine gute Kommunalpolitik, die Stärkung der Eigenverantwortung der Räte der Bezirke und Kreise, der Städte und Gemeinden. Dafür gab es viele Vorschläge, die gründlich geprüft werden. Notwendig ist die Aktivierung der Arbeit der Betriebe der Wohnungswirtschaft, der Stadtwirtschaft sowie der Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Es wurde vorgeschlagen, den örtlichen Räten eine höhere Verantwortung für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau zu übertragen, die sie unter Einbeziehung der Bürger in die Lage versetzt zu entscheiden, was, wann und an welchem Standort gebaut wird.

Alle unsere Erfahrungen lehren, daß Fragen, die das Leben der Menschen in den Territorien betreffen, von den Verantwortlichen nicht ernst genug genommen werden können. Diese und andere Fragen der praktischen Tätigkeit waren Gegenstand der Beratung.

Entscheidend ist, daß die Kommunalpolitik wesentlich stärker von den gewählten Abgeordneten und den Vorschlägen und Hinweisen der Bürger getragen wird. Alle Bürger müssen sich in ihren Heimatorten wohl fühlen; sie müssen spüren, daß sie gebraucht werden und an Entscheidungen teilhaben. Heute sind Rat und Tat jedes einzelnen besonders gefragt.

Berliner Werkzeugmaschinenbauer:

Leistung — das ist unser Prinzip, aber was gilt das Leistungsprinzip?

Es geht nicht nur ums Geld – Gedanken und Vorschläge aus dem Kombinat „7. Oktober" zu einer Frage, die heiß diskutiert wird

Das, was sich einer leistet, soll von dem abhängen, was er leistet. Wie steht es um dieses Prinzip? Im Berliner Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober" bereitet die Betriebsleitung dazu ein Diskussionsmaterial vor. Noch in diesem Monat wird es den auch hier umfänglichen Debatten neuen Stoff geben. Gedanken und Vorschläge zum Leistungsprinzip notierte in einem Gespräch mit Helmut Baum und Ulrich Lachenmeir, beide Schleifer in der Großmechanik, mit Bereichsleiter Lothar Ernst und dem stellvertretenden Generaldirektor Peter Klopsch aus dem Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenkombinats ND-Redakteur Michael Baufeld.

ND: Das Leistungsprinzip wird viel diskutiert – geht es dabei eigentlich nur ums Geld?

Ulrich Lachenmeir: Erst einmal geht es natürlich um Leistung. Mehr Leistung ist unser Prinzip. Dazu stehen wir. Gerade deshalb überlegen wir auch, was Leistung behindert. Angefangen bei Maschinen, die zu oft ausfallen. Das betrifft nicht nur die 15 Jahre alten, sondern auch ganz neue! Das Problem sind Werkzeuge und Meßmittel. Unser Generaldirektor sagte mal treffend: Wir sind Weltmeister im Improvisieren.

Helmut Baum: „Skandalpositionen" sind auch Zulieferungen und Ersatzteile. Woran wird die Leistung der Planer, der Minister gemessen? Wir wollen hier gutes Geld verdienen. Wir kommen nicht zum Ausfegen her.

Peter Klopsch: Wichtiges Thema in den Debatten zum Leistungsprinzip ist natürlich auch das Geld, daß heißt eine leistungsfördernde Nutzung des Lohnfonds.

ND: Mir scheint, dies wird hin und wieder mißverstanden ...

Peter Klopsch: Oft wird über das Leistungsprinzip und seine Durchsetzung nur soweit geredet, wie es einen selbst nicht berührt. Insofern wird unser Diskussionsmaterial mächtig Staub aufwirbeln. Denn es zerstört die Erwartung, daß irgendwoher ein paar Millionen Mark kommen, und für jeden etwas abfällt. Wir haben eine klare Position: Wir wollen das Leistungsprinzip wirksamer machen ohne eine Mark zusätzlich im Lohnfonds. Wir wollen eine gerechtere Nutzung — für einen Zuwachs an Leistung.

ND: Was muß dazu im Betrieb verändert werden?

Peter Klopsch: Wir wollen stärker differenzieren. So denken wir, es ist gerecht, wenn in Forschung und Entwicklung unsere Spitzenleute um mehrere hundert Mark besser verdienen als die Schlechtesten. Mit 150 Mark Unterschied mache ich niemandem deutlich, daß seine Leistungen mies sind.

Lothar Ernst: Auch folgendes wird geändert: Bislang bekommt eben ein Meister — bei unumstritten höherer Verantwortung — gerade soviel raus wie ein Facharbeiter seines Bereichs.

ND: Woher soll das Geld kommen?

Peter Klopsch: Zwei Wege: Zum einen wollen wir Differenzierung nicht so verstanden wissen, daß wir nur den Besten mehr geben. Konsequent muß Nicht-Leistung zu Abzügen führen. Eine Sache, die sicher auch auf Widerspruch stößt. Wo gibt es einen, der leichten Herzens auf gewohntes Geld verzichtet?

Zum zweiten wollen wir die Arbeitskräftezahl im Betrieb reduzieren. Mindestens um 200 Werktätige, die im Territorium andere gesellschaftlich nützliche Arbeit übernehmen sollen. Auch hier: Kaum einer ist nicht überzeugt, daß es mit 10 Prozent weniger Leuten geht, doch wenn einer sagt, Du bist das ...

ND: ... sind Konflikte vorprogrammiert.

„Der hat die Kurve gekriegt" – so sieht das unser Zeichner Klaus Arndt

Peter Klopsch: Klar, auch mit einigen gesetzlichen Bestimmungen. Wir brauchen deshalb eine gründliche Diskussion. Wir legen alles offen, jeder soll sich ein Bild machen können. Und wenn die Gewerkschaft „nein" sagt, dann geht nichts, gar nichts über die Bühne.

Ulrich Lachenmeir: Streit ist nötig. Wir wollen, daß man fürs Geld ordentlich was tun muß. Deshalb darf Leistungsprinzip nicht nur für einige gelten. Bei uns an den Maschinen ist alles nachprüfbar. Für Fehler gibt's die Quittung. Doch was ist, wenn einer im Büro falsche Belege ausfertigt, Zeichnungen nicht stimmen? Oder: die „Schließzeiten" in der Verwaltung. Das kann den ganzen Betrieb lahmlegen! Gar nicht zu reden von den Geburtstagsfeiern oder wenn man ganze Abteilungen zum Spalierstehen bei Staatsbesuchen schickt. Überall sollte die gleiche Elle angelegt werden.

Peter Klopsch: Bei rund 80 Prozent der Beschäftigten im Betrieb ist die Leistung nicht normierbar. Hier wird künftig die Leiterentscheidung maßgeblich. Das ist eine große Verantwortung. Dem Leiter wird ein erheblicher subjektiver Spielraum gegeben.

ND: Ist gesichert, daß subjektiver Spielraum nicht zu subjektivistischem wird?

Peter Klopsch: Da ist zum einen die Gewerkschaftsgruppe gefordert. Zum anderen wollen wir diese Verantwortung so hoch honorieren, daß ihre Wahrnehmung erstrebenswert ist.

***Lothar Ernst:** Ja, der Auseinandersetzung ausweichen ist natürlich bequemer. In diesem Punkt haben wir alle mit uns zu tun.*

Peter Klopsch: Wenn wir uns Gedanken machen darüber, was die Durchsetzung des Leistungsprinzips hindert, müssen wir über den Betrieb hinausgehen. Und da bin ich der Meinung, daß überzogene Subventionspolitik schadet. Wenn 70 Prozent dessen, was in der Lohntüte steckt, noch einmal dazukommen, breit geschüttet unabhängig von Leistung und Bedürftigkeit, dann sollte man über Änderungen nachdenken.

ND: Das erfordert aber, denke ich, sorgfältige Überlegung, genaues Rechnen. Und sicherlich sollte man Subventionen auch nicht pauschal in Frage stellen.

Da sind wir einer Meinung, aber warum wird ein Holzquirl subventioniert? Und vor allem: Bei einem Großteil der Subventionen ist Mißbrauch, Verschwendung vorprogrammiert.

Helmut Baum: Ein Beispiel. In der Nachtschicht kostet das Essen 60 Pfennig. Also kaufen sich etliche drei, vier Portionen. Das Fleisch wird gegessen (oder eingepackt!), der Rest weggeworfen. Würde festgelegt, jeder bekommt pro Schicht fünf Mark dazu, und das Essen kostet entsprechend, wäre das garantiert anders.

Peter Klopsch: Blick für den Wert der Dinge, Sparsamkeit — das läßt sich nicht mit moralischen Appellen allein erreichen.

Lothar Ernst: Ich möchte ein weiteres Problem bei der Durchsetzung des Leistungsprinzips ansprechen. Gute Facharbeiter streichen die Segel, gehen als Hausmeister, Fensterputzer. Oder züchten Rosen. Weil man so mit weniger Anstrengung gleiches Geld verdient.

Peter Klopsch: Schließlich noch ein Gedanke zur Leistung und ihrer Bewertung. Eigentlich entscheidend in der Ökonomie ist der Gewinn. Doch ist er vergleichbar? Was ist das für ein Gewinn in Betrieben, die Ladenhüter produzieren, in denen trotzdem die Kasse stimmt? Wir brauchen langfristig wirkende und für alle gleiche, ökonomisch begründete Normative.

ND: Der Raum auf dieser Zeitungsseite gebietet, hier einen Schlußpunkt zu setzen, nicht aber in der Debatte um das, was Leistung hemmt und Leistung fördert. Wir bleiben in der Diskussion.

Der Umsatz stimmt — doch Käuferwünsche bleiben offen

Debatte mit Werner Jarowinsky im CENTRUM-Warenhaus

Was gibt es für eine Verkäuferin schöneres, als zu verkaufen? Dies stand am gestrigen Donnerstag im Berliner CENTRUM-Warenhaus am Hauptbahnhof durchaus nicht als rhetorische Frage im Mittelpunkt der vielen Gespräche mit Werner Jarowinsky. Denn das größte Warenhaus der Republik, das täglich rund 60 000 Kunden zählt, hat zwar gegenwärtig seinen Umsatzplan mit 20 Millionen Mark überboten, aber trotzdem heißt es noch viel zu oft: „Tut mir leid, nicht im Angebot ..."

Warum das so sei, warum mit bestimmten Artikeln manchmal nur stundenweise versorgt werden könne — diese Frage warf Waltraud Hering, Verkaufsabteilungsleiter Kosmetik, auf. Werner Jarowinsky erwiderte, daß er die Sorgen der Verkäuferinnen voll verstehe. „Wir müssen die Betriebe künftig mehr auf den tatsächlichen Bedarf orientieren. Bestimmte ökonomische Zwänge wirken dem heute noch entgegen. Das müssen wir ändern. Unsere Volkswirtschaft müssen wir von einer Forderungswirtschaft in eine Angebotswirtschaft umgestalten. Betriebe sollten in die Lage versetzt werden, wirtschaftlich zu arbeiten. Das wird sich dann auch auf dem Ladentisch widerspiegeln." Auf die aktuelle Situation eingehend, sagte der Politiker, daß Sofortmaßnahmen auch für dieses CENTRUM wirksam werden. Noch im IV. Quartal, rechtzeitig vor den Feiertagen, kämen zusätzliche Waren.

Ein anderes Problem warf Heidi Plischka in die Debatte. Sie ist Verkaufsabteilungsleiter im Bereich Untertrikotagen. Eine Garnitur kostet im CENTRUM 10,90 Mark — ausländische Käufer, darunter auch Spekulanten, kaufen diese und andere Ware in enormen Stückzahlen ab. Ähnliches bestätigte aus der Sicht der Feinkosthalle Dieter Nowoczin. Beide CENTRUM-Mitarbeiter fragten, wie man sich in dieser Frage verhalten solle. Ihnen wurde geantwortet, daß der Ministerrat der DDR beauftragt ist, eine akzeptable Lösung dieses Problems auszuarbeiten. In Verbindung mit Zoll- und Finanzorganen seien auch auf diplomatischem Wege Lösungen in beiderseitigem Einvernehmen zu finden.

Handelsbereichsleiter Ralf Plischka ergänzte, daß vor dem Warenhaus aber auch blühender Handel stattfinde, von Privatpersonen. „Diesen Leuten können wir letztlich nur erfolgreich begegnen, wenn unsere Industrie jenen Modeschmuck herstellt, den sie gegenwärtig feilbieten." Werner Jarowinsky informierte in diesem Zusammenhang darüber, daß der Volkskammerausschuß für Handel und Versorgung, dessen Vorsitzender er ist, über eine neue Gewerbegesetzregelung und Gewerbeaufsicht berät.

Im Bereich Jugendmode stimmte Bernd Lemaitre der von Werner Jarowinsky geäußerten Überlegung nach einer dringend erforderlichen Wirtschaftsreform zu. Er nannte Betriebe wie das Bekleidungswerk Erfurt oder den VEB Damenmode Plauen, deren Mäntel er als „Pferdedecken" bezeichnete und die deshalb auch seit Jahren unverkäuflich auf der Stange hängen. Auch durch Preissenkungen sind sie nicht absetzbar. Diese Feststellung ändere aber nichts daran, daß er wie alle seine Kollegen für gut organisierte Schlußverkäufe sei.

Vom Verkaufsabteilungsleiter Michael Wittig erfuhr das Mitglied des Politbüros, daß in seinem Bereich bisher bereits 2000 Luftfilterhauben zusätzlich aus dem VEB Elektroprojekt und Anlagenbau Berlin verkauft wurden. Reklamationen kenne man bei diesem Erzeugnis nicht. Ein gutes Beispiel, wie Betriebe arbeiten müssen, entgegnete Werner Jarowinsky: plangerecht, zuverlässig, täglich den Bedarf, die Wünsche der Käufer vor Augen.

Gino Heinze

Bilux-Birnen und die Frage, wem ein Licht aufgehen muß

Gerhard Nennstiel bei Plauener Glühlampenwerkern

Ein Beispiel dafür, wie Versorgungsschwierigkeiten ihre Ursache nicht selten im ungenügenden Zusammenwirken verantwortlicher Stellen haben, spielte am Donnerstag in Gesprächen von Werktätigen des NARVA-Glühlampenwerkes Plauen mit dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall, Gerhard Nennstiel, mehrfach eine Rolle. Als unlängst durch eine staatliche Verordnung festgelegt wurde, daß Fahrer von Zweiradfahrzeugen auch am Tage mit eingeschaltetem Scheinwerfer zu fahren haben, kam es rasch zu einem enorm größeren Bedarf an Bilux-Lampen. Verärgerte Kunden in den IFA-Filialen, schon gar nicht zu reden vom Thema Verkehrssicherheit ... Joachim Pötzschner, Abschnittsleiter des Bereiches, in dem diese Lampen gefertigt werden, bringt es auf den Punkt: Wäre diese Neuregelung rechtzeitig mit unserem Betrieb abgestimmt worden, hätten wir uns gleich darauf einstellen können.

Die Plauener Glühlampenwerker beschränken sich nicht auf die Frage, wem da ein Licht aufgehen muß. Nachdem sich die Kollektive bereits zu einer zusätzlichen Produktion von 90 000 Biluxlampen verpflichteten, wollen sie jetzt noch weitere 10 000 Stück zulegen. Die Voraussetzungen dafür wurden unter anderem durch eine bessere Organisation der Produktion geschaffen, wozu auch Vorschläge der Werktätigen dieses Bereiches beitrugen.

Das Beispiel erscheine vielleicht klein, gemessen an anderen Problemen im Land, meinte Operativtechnologe Dietmar Strobel. Aber auch so etwas müsse endlich der Vergangenheit angehören, fügte Vertrauensfrau Antje Poczatek hinzu.

Gunther Wendekamm